

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Katrin Kunert, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/10223 –**

### Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (Hartz IV) zu Beginn des Jahres 2005 wurde die Möglichkeit der Betreuung von arbeitslosen Menschen durch Kommunen geschaffen. 69 so genannte Optionskommunen wurden zum Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zweites Buch Sozialgesetzbuch – SGB II).

Zunächst war deren Zulassung befristet, wurde aber mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2010 entfristet und die Betreuung von SGB II-Leistungsberechtigten durch kommunale Träger auf grundsätzlich maximal 25 Prozent der SGB II-Grundsicherungsträger zum 1. Januar 2012 erweitert.

1. Welche Probleme sind der Bundesregierung bei der Umstellung von den bisherigen gemeinsamen Einrichtungen zu den neu zugelassenen Optionskommunen seit Januar 2012 bekannt?

Ist die Umstellungsphase derzeit abgeschlossen?

2. Wie stellt sich die Überführung von Trägern mit getrennter Aufgabenwahrnehmung in zugelassene kommunale Träger (zKT) und in gemeinsame Einrichtungen dar?

Zum 1. Januar 2012 konnten 41 weitere kommunale Träger auf Grundlage des § 6a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) zugelassen werden, um die Aufgaben nach dem SGB II in eigener Verantwortung wahrzunehmen. Außerdem wurden 16 Agenturen für Arbeit mit getrennter Aufgabenwahrnehmung in gemeinsame Einrichtungen überführt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), die Länder, die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die kommunalen Spitzenverbände haben im Jahr 2011 gemeinsam eine Checkliste zur Gestaltung der Übergangsprozesse

entwickelt. In der Checkliste wurden wesentliche Fragestellungen zum Übergangsprozess beantwortet. Auf dieser Basis haben die Träger vor Ort in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit den Übergang weitgehend reibungslos gestaltet.

Besonderheiten bei der Umstellung von Agenturen für Arbeit in gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung gab es nicht.

Die Umstellungsphase ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung weitestgehend abgeschlossen.

3. Wie viele Mittel für Verwaltungskosten im Zuge der Umstellung wurden den ab Januar 2012 neu hinzugekommenen Optionskommunen für erforderliche Vorbereitungsmaßnahmen vom Bund zugewiesen?

Wie viele Mittel haben die Optionskommunen bislang tatsächlich ausgegeben?

Den zugelassenen kommunalen Trägern wurden Ermächtigungsrahmen zur Finanzierung von Vorbereitungsmaßnahmen für die Übernahme der Trägerschaft zur Verfügung gestellt. Die Ermächtigungsrahmen sind in Anlage 1 dargestellt. Angaben zu den tatsächlich verausgabten Mitteln der zugelassenen kommunalen Träger liegen derzeit noch nicht vollständig vor. Das BMAS prüft gegenwärtig die Abrechnungen über die entstandenen und anererkennungsfähigen Verwaltungskosten der neuen zugelassenen kommunalen Träger. Diese Prüfung wird frühestens am 31. Dezember 2012 abgeschlossen sein.

4. Wie viele Mittel (getrennt nach Personal- und Sachkosten) wurden den damals 69 Optionskommunen für den Aufbau der notwendigen Strukturen zur Betreuung von Arbeitslosengeld-II-Beziehenden vom Bund zur Verfügung gestellt?

Die Ermächtigungsrahmen zur Finanzierung von Vorbereitungsmaßnahmen für die Übernahme der Trägerschaft der 69 im Jahr 2005 zugelassenen kommunalen Träger sind in Anlage 2 dargestellt. Eine getrennte Darstellung nach Personal- und Sachkosten ist nicht möglich, da eine solche Differenzierung bei Bereitstellung der Ermächtigungsrahmen nicht vorgesehen war.

5. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie SGB II-Leistungsberechtigte den Übergang von gemeinsamen Einrichtungen zu kommunalen Trägern bewerten, und welche Veränderungen waren für diese wesentlich?

Liegen Bewertungen für spezifische Zielgruppen, wie Menschen mit Behinderung und Migrantinnen und Migranten, vor?

Erkenntnisse, wie Leistungsberechtigte den Übergang von gemeinsamen Einrichtungen zu zugelassenen kommunalen Trägern bewerten, liegen der Bundesregierung nicht vor. Dies gilt auch für Bewertungen bei spezifischen Zielgruppen.

6. Wie erfolgte die Übergabe der Daten von SGB II-Leistungsberechtigten ehemaliger gemeinsamer Einrichtungen an die neuen Optionskommunen?

Welche Probleme hat es in diesem Zusammenhang gegeben, und warum?

Wurden die Daten bei den Agenturen für Arbeit gelöscht?

Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende regelt in den Übergangsvorschriften, dass sich die Träger alle Tatsachen mitteilen, die zur Vorbereitung eines Wechsels der Organisationsform erforderlich sind. Zu diesem Zweck sollen sie sich auch erforderliche Sozialdaten in automatisierter und standardisierter Form übermitteln.

Entsprechend dieser Vorgabe wurden neben der physischen Aktenübergabe (wie z. B. Leistungsakten und Prozessakten) aus den operativen Systemen der BA Daten automatisiert und standardisiert über einen Server zum geschützten Abruf über das Internet bereitgestellt. Der Großteil der zur Verfügung gestellten Daten wurde als Massensexport in marktüblichen Formaten bereitgestellt. Diese Formate ermöglichen eine automatisierte Übernahme der Daten in die kommunalen IT-Systeme. Grundlegende Probleme bei der Übergabe der Daten gab es nicht. Lediglich der Bereich Übergabe von Altforderungen ist noch nicht abgeschlossen.

Bezüglich der Löschung der Daten ist zu differenzieren. Bis auf die Verfahren zum passiven und aktiven Leistungsrecht (A2LL und VerBIS) sind alle Daten gelöscht bzw. bis zum Ablauf von Löschroutinen für die Anwender gesperrt.

Die in A2LL erfassten Daten werden zentral in der BA vorgehalten. Eine Löschung kann noch nicht erfolgen, da die neuen zugelassenen kommunalen Träger im Rahmen der historischen Fallbearbeitung auf diese Daten angewiesen sind. Hintergrund ist, dass für die historische Fallbearbeitung, d. h. die nachträgliche Anpassung von Daten vor dem Trägerwechsel aufgrund rückwirkender Änderungen, A2LL zur Verfügung gestellt wurde. Allerdings haben weder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agenturen für Arbeit noch die anderer Jobcenter Zugriff auf diese Daten. A2LL wurde zur Vermeidung datenschutzrechtlicher Probleme angepasst.

Die Kunden- und Bewerberdaten in VerBIS wurden mit dem Trägerwechsel abgemeldet und archiviert. Hierbei greifen die normalen Archivierungsfristen, die mindestens zehn und längstens 60 Monate betragen. Nach Ablauf der Archivierungsfristen in VerBIS werden die Kunden- und Bewerberdaten, sofern während dieser Zeit keine Reaktivierung des Kundendatensatzes stattfindet, automatisiert gelöscht. Einzig die Daten für Aufstocker, Rehabilitanten und bei Rückübertragung der Ausbildungsvermittlung sind davon ausgenommen, da diese noch zur weiteren Dienstleistungserbringung wie der Reha-Beratung, Berufsberatung/Ausbildungsstellenvermittlung oder für die Leistungssachbearbeitung von den Agenturen für Arbeit benötigt werden.

7. Wie viele Beschäftigte der Bundesagentur für Arbeit gingen zum 1. Januar 2012 in den Dienst eines neu zugelassenen kommunalen Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende über?

Sind durch die Neuschaffung kommunaler SGB II-Träger Personalüberhänge bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) entstanden?

Falls ja, wie werden diese Beschäftigten nun eingesetzt?

Zum 30. Dezember 2011 wechselten insgesamt 3 970 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen des gesetzlichen Übergangs in den Dienst eines neu zugelassenen kommunalen Trägers der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Von den 430 Beschäftigten, die Aufgaben der BA in der Grundsicherung erledigten,

aber nicht vom gesetzlichen Übergang betroffen waren, da sie die Voraussetzungen für den gesetzlichen Übergang nach § 6c Absatz 1 SGB II, wie z. B. die Wahrnehmung von Aufgaben des SGB II für eine Dauer von mindestens 24 Monaten nicht erfüllten, wechselten 161 Beschäftigte aus eigenem Antrieb zum kommunalen Träger.

Durch die Neuschaffung kommunaler Träger im SGB II sind keine Personalüberhänge bei der BA entstanden.

8. Wie viele an die kommunalen Träger übergetretene BA-Beschäftigte wurden von der BA wieder aufgenommen, und worin lagen dafür die Gründe?

Wie stellte sich die Struktur der wieder aufgenommenen BA-Beschäftigten dar (Alter, Qualifikation)?

Die kommunalen Träger stellten der BA im Rahmen der 10-Prozent-Regelung (§ 6c Absatz 1 Satz 3 SGB II) 318 Beschäftigte wieder zur Verfügung. Zu den Gründen für die Wiederaufnahme und die Struktur von ehemaligen Beschäftigten der BA liegen keine Daten vor.

9. Wie viel Personal wurde von den neuen Optionskommunen seit Beginn dieses Jahres neu eingestellt?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

10. Liefern derzeit alle Optionskommunen plausible Daten bezüglich der Erfassung der Dauer der Arbeitslosigkeit bzw. kommt es immer noch zu Lieferausfällen von zkt?

Falls Probleme bei der Erfassung von Langzeitarbeitslosen bestehen sollten, wie hoch kann die Unterzeichnung geschätzt werden, bundesweit und nach Bundesländern?

Was sind die Ursachen der Probleme?

Die Statistik der Arbeitslosigkeit beruht auf einer integrierten Datenbasis, die sich aus dem operativen IT-Verfahren der BA und aus Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger speist. Ab dem Monatsbericht Januar 2012 wurde die integrierte Arbeitslosenstatistik um die Arbeitslosigkeitsdauer erweitert und löste damit die bisherige Berichterstattung über Dauern ab, die auf Auswertungen aus den Verfahren der BA beschränkt war und keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern enthielt. Die Jobcenter und die Agenturen für Arbeit liefern an die Statistik der BA nicht die Dauer der Arbeitslosigkeit, sondern jedes Beginn- und Endedatum der Arbeitslosigkeit der gemeldeten Personen sowie monatlich am Stichtag auch den Arbeitslosigkeitsstatus. Die einzelnen Arbeitslosigkeitsperioden werden zu einem überschneidungsfreien und stimmigen Verlauf zusammengeführt und die Dauer berechnet.

Infolge des Übergangs auf 41 zugelassene kommunale Träger kam es im ersten Halbjahr 2012 zu zeitweisen Lieferausfällen bei diesen Trägern und damit zu Einschränkungen in der Berichterstattung der integrierten Arbeitslosigkeitsdauern. In zwei Fällen haben bestehende zugelassene kommunale Träger in sogenannten Mischkreisen die Aufgaben der im jeweils gleichen Kreis tätigen Jobcenter in gemeinsamer Einrichtung übernommen. Damit standen insgesamt 43 zugelassene kommunale Träger zum Jahresanfang 2012 vor ähnlichen Herausforderungen bei der Datenübermittlung.

Nach anfänglichen, dem Übergangsprozess geschuldeten Problemen sind mittlerweile bis auf wenige Ausnahmen alle Jobcenter in der Lage, plausible Daten zu liefern. Im Juni 2012 konnten nur noch für 43 000 oder rund 2 Prozent aller Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II keine Angaben zur Dauer der Arbeitslosigkeit gemacht werden. Für die zweite Jahreshälfte 2012 plant die Statistik der BA, die Langzeitarbeitslosigkeit in das schon bestehende Schätzverfahren einzubeziehen, so dass bei Datenausfällen auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen für den oder die betroffenen zugelassenen kommunalen Träger ermittelt werden kann. Bis dahin werden von der Statistik der BA für die Bundesebene ergänzend Ergebnisse eines vereinfachten Schätzverfahrens veröffentlicht, um damit Zeitreihenvergleiche zu ermöglichen.

11. Bestehen bei gemeinsamen Einrichtungen, Probleme bei der Datenerfassung, insbesondere zum Merkmal „Dauer der Arbeitslosigkeit“?

Nein, in keinem nennenswerten Umfang. Probleme für die Messung der Arbeitslosigkeitsdauer können sich ergeben, wenn die Arbeitslosigkeitsperiode eines Kunden nicht, nicht vollständig oder fehlerhaft erfasst oder gemeldet wird. Derartige Probleme können grundsätzlich im Zuge der individuellen operativen Bearbeitung bei allen Trägern auftreten.

12. Werden die Eingliederungsvereinbarungen in gemeinsamen Einrichtungen und Optionskommunen nach einheitlichen Kriterien erstellt, oder können sich diese unterscheiden?

Falls sich diese unterscheiden, was sind die wesentlichen Punkte der Abweichung?

In der Eingliederungsvereinbarung wird im Einzelfall geregelt, welche Leistungen die oder der Erwerbsfähige zur Eingliederung in Arbeit erhält und welche Bemühungen erwerbsfähige Leistungsberechtigte in welcher Häufigkeit zur Eingliederung in Arbeit mindestens unternehmen müssen und in welcher Form diese Bemühungen nachzuweisen sind. Das wesentliche Merkmal einer Eingliederungsvereinbarung ist die Individualisierung des Eingliederungsprozesses. Aus den bei jeder erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person vorliegenden unterschiedlichen Voraussetzungen für die Integration in den Arbeitsmarkt folgt eine individuelle Eingliederungsstrategie, die in der Eingliederungsvereinbarung zum Ausdruck kommt. Ein Vergleich von Eingliederungsvereinbarungen oder deren Standardisierung anhand einheitlicher Kriterien scheidet daher aus.

13. Wie stellten sich in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 die Integrationsquoten (Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung) bei den SGB II-Grundsicherungsträgern dar, unterschieden nach gemeinsamen Einrichtungen, Optionskommunen, in getrennter Aufgabenwahrnehmung, bundesweit und nach Bundesländern?

Im Rahmen der Kennzahlen nach § 48a SGB II wird eine Integration gezählt, wenn ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, eine selbstständige Erwerbstätigkeit oder eine voll qualifizierende berufliche Ausbildung aufnimmt. Die Integrationsquote nach § 48a SGB II errechnet sich aus der Summe der Integrationen in den vergangenen zwölf Monaten geteilt durch den durchschnittlichen Bestand der erwerbs-

fähigen Leistungsberechtigten in den zwölf Vormonaten. Für so errechnete Integrationen liegen Daten erst ab Januar 2011 vor, im Dezember 2011 konnte erstmals eine Integrationsquote mit zwölf Monaten berechnet werden.

Die Tabelle in Anlage 3 enthält die Integrationsquoten nach § 48a SGB II für Dezember 2011 für die Jobcenterbezirke nach den am 1. Dezember 2011 geltenden Gebietsständen und Organisationsformen. In die Quote für den Dezember 2011 gehen die Integrationen von Januar bis Dezember 2011 ein. Die für Deutschland ausgewiesene Integrationsquote von 27,6 Prozent besagt, dass bei monatsdurchschnittlich 100 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von Januar bis Dezember 2011 in der Summe knapp 28 Integrationen in Erwerbstätigkeit gezählt wurden. In der Tabelle sind die Integrationsquoten für Länder und Jobcenterbezirke nach der jeweiligen Trägerform dargestellt.

Bei einem Vergleich zwischen einzelnen Jobcentern muss berücksichtigt werden, dass sich die Rahmenbedingungen, unter denen sie jeweils agieren, deutlich unterscheiden können. Im Rahmen der Berichterstattung über die Kennzahlen und Ergänzungsgrößen nach § 48a SGB II werden deshalb die Jobcenter nach den SGB-II-Vergleichstypen gruppiert und entsprechend in der Tabelle für jeden Jobcenterbezirk auch dessen SGB-II-Vergleichstyp angegeben.

Methodischer Hinweis: Im betrachteten Zeitraum liegen nicht für alle Jobcenter plausible Daten für alle Monate vor, mit der Folge, dass für Deutschland und für einige Bundesländer keine absoluten Summen der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ausgewiesen werden können. Die Integrationsquoten werden auf Bundes- und Landesebene dennoch ermittelt, indem bei der Berechnung nur die Träger mit vollständigen Daten sowohl für den Zähler als auch für den Nenner berücksichtigt werden.

Für die Zeiträume 2006/2007, 2007/2008, 2008/2009 und 2009/2010 hat die Statistik der BA Ergebnisse von Übergangsanalysen veröffentlicht. Dabei wurde unter anderem für die Bestände der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten von Juli bis Juni des jeweiligen Betrachtungszeitraums ermittelt, wie viele der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach einem, drei oder sechs Monaten sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren. Die Daten und Methodenberichte mit Erläuterungen zum Konzept und mit einigen Ergebnissen sind veröffentlicht unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/uebergangsanalysen/Zu-den-Daten-Nav.html>. Da sich in allen betrachteten Zeiträumen die Struktur der Trägerbezirke und die Zahl der Träger mit plausiblen Daten geändert haben, ist es nicht möglich, die Ergebnisse der einzelnen Jahre im Zeitablauf sinnvoll gegenüberzustellen.

14. Wie stellen sich in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 die Eingliederungsquoten für die einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumente bei den SGB II-Grundsicherungsträgern dar, unterschieden nach gemeinsamen Einrichtungen, Optionskommunen, in getrennter Aufgabenwahrnehmung, bundesweit und nach Bundesländern?

Die Statistik der BA ermittelt standardmäßig für alle Austritte aus Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik den Beschäftigtenstatus zum Zeitpunkt sechs Monate nach Austritt und aus dieser Information die Eingliederungsquote. Für die Daten zu Austritten aus Maßnahmen der zugelassenen kommunalen Träger ist dies vollständig erst für Austritte ab Mitte 2007 möglich, so dass für diese Träger flächendeckend erst beginnend mit 2008 Eingliederungsquoten berechnet werden. Die Ergebnisse veröffentlicht die BA in ihrem Statistikangebot jährlich im Rahmen der Eingliederungsbilanzen nach § 54 SGB II i. V. m. § 11 SGB III. In

den Eingliederungsbilanzen für die Jahre bis 2010 werden die Eingliederungsquoten für die einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumente zum einen ausschließlich zusammengefasst für gemeinsame Einrichtungen und Träger in getrennter Aufgabenwahrnehmung und zum anderen einschließlich der Daten der zugelassenen kommunalen Träger nach Jahren, bundesweit und nach Ländern ausgewiesen.

Zur Beantwortung der Frage wird daher auf das Internetangebot der Statistik der BA ([www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)) unter Veröffentlichungen/Statistik/Eingliederungsbilanzen verwiesen. Die Eingliederungsbilanzen für das Jahr 2011 liegen derzeit noch nicht vor.

15. In wie vielen Fällen, absolut und relativ, konnte durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit von SGB II-Leistungsberechtigten am ersten Arbeitsmarkt, deren Hilfebedürftigkeit in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 beendet werden, insgesamt und unterschieden nach gemeinsamen Einrichtungen, Optionskommunen, getrennter Aufgabenwahrnehmung, bundesweit und nach Bundesländern?

Eine Beantwortung dieser Frage ist derzeit durch die Statistik der BA nicht möglich.

16. Inwieweit treffen Aussagen des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH zu, dass Optionskommunen Migrantinnen und Migranten seltener zu einem Job verhelfen als gemeinsame Einrichtungen, und worauf gründen sich diese Aussagen (Süddeutsche Zeitung vom 9. Mai 2012)?

Wie hoch sind die Integrationsquoten in gemeinsamen Einrichtungen und in Optionskommunen bei SGB II-Leistungsberechtigten mit Migrationshintergrund?

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration gründet seine Aussagen auf ein Gutachten, das er beim Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) in Auftrag gegeben hatte. Die Untersuchung des ISG erfolgte im Zeitraum der Jahre 2006/2007.

Aus Sicht der Bundesregierung können auf der Grundlage eines auf einem Untersuchungszeitraum der Jahre 2006 und 2007 basierenden Gutachtens keine repräsentativen Aussagen zur gegenwärtigen Integrationsarbeit der SGB-II-Leistungsträger getroffen werden.

Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass gegenwärtig eine statistische Erfassung von Arbeitsmarktinformationen bezüglich des Merkmals „Migrationshintergrund“ im Aufbau befindlich ist, entsprechende statistisch belegbare Aussagen zur Integration von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit Migrationshintergrund sind somit noch nicht möglich.

Für Ausländer weist die Tabelle zu Frage 13 in Anlage 3 Integrationsquoten für Bundesländer und Jobcenter aus. Die Berechnung der Quoten erfolgt analog zu den Integrationsquoten nach § 48a SGB II, allerdings werden nur für diejenigen Jobcenter und Bundesländer Ergebnisse ausgewiesen, für die im gesamten Zeitraum vollständige Daten vorlagen. Die aufwendigere Ermittlung von Kennzahlen bei Datenausfällen war im für die Beantwortung verfügbaren Zeitrahmen nicht möglich.

17. Wie setzte sich die Mittelverwendung der SGB II-Grundsicherungsträger beim Einsatz der einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumente in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 absolut und relativ zusammen, unterschieden nach gemeinsamen Einrichtungen, Optionskommunen und getrennter Aufgabenwahrnehmung, bundesweit und nach Bundesländern?

Über die zugewiesenen Mittel und die Ausgaben für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit veröffentlicht die BA in ihrem Statistikangebot jährlich Daten im Rahmen der Eingliederungsbilanzen nach § 54 SGB II i. V. m. § 11 SGB III. Die Eingliederungsbilanzen für die Jahre bis 2010 werden für die einzelnen arbeitsmarktpolitischen Instrumente zusammengefasst; für gemeinsame Einrichtungen und Träger in getrennter Aufgabenwahrnehmung ohne die Daten der zugelassenen kommunalen Träger nach Jahren, bundesweit und nach Ländern ausgewiesen.

Für die zugelassenen kommunalen Träger liegen die Daten für einzelne arbeitsmarktpolitische Instrumente nicht in einer vergleichbar differenzierten Form vor. Daher werden weniger detaillierte Eingliederungsbilanzen für die Jahre 2007 bis 2010 mit den Daten der zugelassenen kommunalen Träger separat ausgewiesen. Für die Jahre 2005 und 2006 konnten aufgrund der Aufbausituation hinsichtlich der Schaffung der technischen Voraussetzungen bzw. der Umstellungen für die Abbildung und Übermittlung der Förderleistungen keine entsprechenden Informationen der zugelassenen kommunalen Träger veröffentlicht werden.

Zur Beantwortung der Frage wird daher auf das Internetangebot der Statistik der BA ([www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)) unter Veröffentlichungen/Statistik/Eingliederungsbilanzen verwiesen. Die Eingliederungsbilanzen für das Jahr 2011 liegen derzeit noch nicht vor.

18. Inwieweit besteht derzeit ein einheitliches Zielsteuerungssystem in allen Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger)?

Wie gestalten sich die Zielvereinbarungen für das Jahr 2012, gibt es Unterschiede bezüglich der Zielerreichung zwischen gemeinsamen Einrichtungen und Optionskommunen?

In welchem Umfang sind die gemeinsamen Einrichtungen bzw. die Optionskommunen derzeit in der Lage, plausible Daten für den Zielsteuerungsprozess zu liefern?

Das BMAS, die Länder, die BA und die kommunalen Spitzenverbände haben sich im Jahr 2011 im Rahmen der Arbeitsgruppe Steuerung SGB II des Bund-Länder-Ausschusses auf ein einheitliches Zielsteuerungssystem verständigt. Im Jahr 2012 erfolgt die Zielsteuerung damit erstmals für alle Jobcenter nach einheitlichen Regelungen.

Die Zielerreichung der einzelnen zugelassenen kommunalen Träger ist der Bundesregierung nicht bekannt. Die kommunalen Träger schließen Zielvereinbarungen mit dem jeweiligen Land, nicht aber mit dem Bund, ab. Die Zielwerte und der Umfang der Zielerreichung sind den Vereinbarungspartnern bekannt.

Der Prozess der Zielsteuerung basiert im Wesentlichen auf den Kennzahlen und Ergänzungsgrößen nach § 48a SGB II, die regelmäßig auf der Plattform [www.sgb2.info/kennzahlen/statistik](http://www.sgb2.info/kennzahlen/statistik) bereitgestellt werden. Die gemeinsamen Einrichtungen bzw. die zugelassenen kommunalen Träger liefern der BA-Statistik hierfür plausible Daten. Über vereinzelt noch auftretende Datenausfälle wird monatlich unter der o. g. Internetadresse informiert.



19. Sind der Bundesregierung Leistungsvergleiche zwischen gemeinsamen Einrichtungen und Optionskommunen bekannt, die nach dem Ergebnis der wissenschaftlichen Evaluation der Experimentierklausel erstellt wurden?

Falls ja, wie schätzt die Bundesregierung derzeit die Leistungsfähigkeit der beiden Modelle ein?

Nein. Der Bundesregierung sind keine mit der wissenschaftlichen Evaluation der Experimentierklausel nach § 6c SGB II a. F. vergleichbaren Leistungsvergleiche bekannt.

20. Wie stellt sich die Arbeitsweise des Bund-Länder-Ausschusses und der Kooperationsausschüsse dar?

Wie oft kommen diese Gremien zusammen?

Was waren bzw. sind die wesentlichen Fragestellungen, mit denen sich deren Mitglieder bislang beschäftigten?

Der Bund-Länder-Ausschuss beobachtet und berät die zentralen Fragen der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende und Fragen der Aufsicht nach den §§ 47 und 48 SGB II, Fragen des Kennzahlenvergleichs nach § 48a Absatz 2 SGB II sowie Fragen der zu erhebenden Daten nach § 51b Absatz 1 Satz 2 SGB II und erörtert die Zielvereinbarungen nach § 48b Absatz 1 SGB II.

Der Bund-Länder-Ausschuss tagt zwei- bis dreimal im Jahr. Die Vorbereitung der Themen erfolgt in Arbeits- und Unterarbeitsgruppen. So beschäftigt sich beispielsweise eine Arbeitsgruppe mit den Eingliederungsleistungen für den Bereich SGB II. Neben den Eingliederungsleistungen für den Bereich SGB II hat sich der Bund-Länder-Ausschuss zuletzt schwerpunktmäßig mit Fragen zu Personal und Steuerung im SGB II beschäftigt.

Darüber hinaus sind 16 Kooperationsausschüsse bestehend aus dem Bund und dem jeweiligen Bundesland als neue Gremien für die Koordinierung der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf Landesebene vorgesehen. Die Zusammenarbeit ist vertrauensvoll und konnte als ein direkter, dauerhaft angelegter Dialog auf Fachebene zwischen dem BMAS und den einzelnen Bundesländern implementiert werden. Die 16 Kooperationsausschüsse tagen in der Regel jeweils zweimal jährlich.

Im Rahmen ihrer übergreifenden Aufgaben beschäftigen sich die Kooperationsausschüsse regelmäßig mit Fragen der Umsetzung und der Entwicklung der Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie mit der Abstimmung von Schwerpunkten der Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik jeweils auf Landesebene. Darüber hinaus nehmen die Kooperationsausschüsse Aufgaben und Rechte im Bereich der gemeinsamen Einrichtungen wahr: Neben ihrer Beratungsfunktion üben die Kooperationsausschüsse in Einzelfällen auch ihre Entscheidungskompetenz bei Konflikten über Weisungszuständigkeiten aus.

21. Wie viele örtliche Beiräte wurden bislang bei den Jobcentern eingerichtet, unterschieden nach gemeinsamen Einrichtungen und Optionskommunen, bundesweit und nach Bundesländern?

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, ob Betroffene im Rahmen des SGB II oder deren Interessenvertretungen, Migrationsbeauftragte und Behindertenbeauftragte Mitglieder örtlicher Beiräte sind?

Falls ja, in welchen Beiräten?

Mit Stand Anfang März 2012 haben sich in 287 von insgesamt 306 gemeinsamen Einrichtungen örtliche Beiräte konstituiert. Die Aufschlüsselung nach Ländern kann folgender Tabelle entnommen werden:

Bundesland	gE	Beiräte
Baden-Württemberg	33	25
Bayern	83	79
Berlin	12	12
Brandenburg	11	11
Bremen	2	2
Hamburg	1	1
Hessen	10	10
Mecklenburg-Vorpommern	13	12
Niedersachsen	29	27
Nordrhein-Westfalen	35	34
Rheinland-Pfalz	26	25
Saarland	3	2
Sachsen	8	8
Sachsen-Anhalt	8	8
Schleswig-Holstein	13	13
Thüringen	19	18
	306	287

Bundesagentur für Arbeit, März 2012.

Für den Bereich der zugelassenen kommunalen Träger liegen keine Angaben vor.

Zu der Frage, ob Betroffene des SGB II oder deren Interessenvertretungen, Migrationsbeauftragte und Behindertenbeauftragte Mitglieder örtlicher Beiräte sind, liegen keine Erkenntnisse vor.

22. Wie stellte sich absolut und relativ die Anzahl der Widersprüche und Klagen, zuzüglich der jeweiligen Erfolgsquote, gegen Bescheide der SGB II-Grundsicherungsträger in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 dar, unterschieden nach insgesamt, gemeinsamen Einrichtungen, Optionskommunen, getrennter Aufgabenwahrnehmung, bundesweit und nach Bundesländern?

Die Beantwortung basiert auf Prozessdaten der BA. Die jeweiligen Aufstellungen umfassen die Verfahren der gemeinsamen Einrichtungen und der Agenturen für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung. Erkenntnisse über die Widerspruchs- und Klageverfahren für den Bereich der zugelassenen kommunalen Träger liegen der Bundesregierung nicht vor.

Eine Auswertung der Widersprüche und Klagen erfolgt nur auf Ebene der Regionaldirektionen der BA, nicht jedoch auf Ebene der Bundesländer. Dabei sind folgende Bundesländer zu Regionaldirektionen zusammengefasst:

- Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zur Regionaldirektion Nord
- Bremen und Niedersachsen zur Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen
- Berlin und Brandenburg zur Regionaldirektion Berlin-Brandenburg
- Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen und
- Rheinland-Pfalz und Saarland zur Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland.

Die Zuständigkeitsbereiche der übrigen Regionaldirektionen entsprechen jeweils einem Bundesland.

Die Auswertungen bundesweit und nach Regionaldirektionen für die Jahre 2005 bis 2011 sind als Anlage 4 beigelegt.

23. Welche Optionskommunen nehmen derzeit eigenständig Aufgaben jeweils in den Bereichen Ausbildungsvermittlung, Rehabilitanten/Schwerbehinderte Menschen, Arbeitgeberservice, Ärztlicher Dienst, Psychologischer Dienst wahr?

Über wie viele spezielle Berater in den genannten Bereichen verfügen Optionskommunen, über wie viele vergleichbare gemeinsame Einrichtungen?

Welche Optionskommunen haben Aufgaben in welchen Bereichen an die Bundesagentur für Arbeit übertragen, und wie viele Berater bei den Agenturen für Arbeit sind in diesem Zuge in den jeweiligen Bereichen für die Optionskommunen tätig?

Für die zugelassenen kommunalen Träger liegen der Bundesregierung keine Informationen zur Form der Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Ausbildungsvermittlung, Rehabilitanten/schwerbehinderte Menschen, Arbeitgeberservice, Ärztlicher Dienst, Psychologischer Dienst vor.

Insofern ist ein Vergleich mit gemeinsamen Einrichtungen nicht möglich.

Die Ausgestaltung der Ausbildungsvermittlung unterliegt dezentraler Verantwortung und erfolgt über Verwaltungsvereinbarungen zwischen der jeweiligen Agentur für Arbeit und dem zugelassenen kommunalen Träger. Zentral werden hierzu keine Daten erhoben.

24. Wie schätzt die Bundesregierung die Kompetenz der zugelassenen kommunalen Träger und gemeinsamen Einrichtungen in den Bereichen Ausbildungsvermittlung, Rehabilitanten/Schwerbehinderte Menschen, Arbeitgeberservice, Ärztlicher Dienst, Psychologischer Dienst im Vergleich ein?

Sind der Bundesregierung Probleme bei der Aufgabenwahrnehmung in diesen Bereichen bekannt?

Es liegen keine vergleichenden Untersuchungen vor.

25. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, inwieweit von kommunalen Trägern und gemeinsamen Einrichtungen bei der Beratung und Vermittlung schwerbehinderter Menschen nach dem Peer-Counseling-Ansatz vorgegangen wird?

Was hält die Bundesregierung von dem Vorschlag, die Betreuung schwerbehinderter Menschen ausschließlich bei den Agenturen für Arbeit vorzunehmen?

Bundesregierung und BA halten es nicht für sachgerecht, alle arbeitslosen schwerbehinderten Menschen durch die Agenturen für Arbeit betreuen zu lassen. Für die speziellen Problemlagen von schwerbehinderten Menschen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) stehen zusätzlich zu den allgemeinen Eingliederungsleistungen für schwerbehinderte Menschen spezielle Förderangebote des SGB II zur Verfügung, die von den Agenturen für Arbeit nicht eingesetzt werden können (Leistungen nach § 16a ff. SGB II). Die Bundesagentur hat den gemeinsamen Einrichtungen (SGB II) empfohlen, für die Betreuung schwerbehinderter Menschen spezialisierte Fachkräfte einzusetzen, um eine optimale Betreuung und Integration von schwerbehinderten Menschen in der Grundsicherung sicherzustellen. Zur Beratung und Vermittlung von Menschen mit Behinderung in den Jobcentern der zugelassenen kommunalen Träger liegen der Bundesregierung und der BA keine Erkenntnisse vor. Dies gilt auch für die Frage, inwieweit gemeinsame Einrichtungen bei der Beratung und Vermittlung schwerbehinderter Menschen nach dem Peer-Counseling-Ansatz vorgehen.

26. Wie stellten sich in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010 und 2011 die Betreuungsschlüssel (unter 25-Jährige, über 25-Jährige, Leistungsgewährung) bei den SGB II-Grundsicherungsträgern dar, unterschieden nach gemeinsamen Einrichtungen, Optionskommunen, getrennter Aufgabenwahrnehmung?

Zu den Betreuungsschlüsseln liegen nur Daten der BA vor. Für die Jahre 2005 bis 2007 können keine validen Aussagen zu den Betreuungsrelationen in den gemeinsamen Einrichtungen getroffen werden. Die Betreuungsrelationen stellen sich nach Angaben der BA wie folgt dar:

Berichtsmonat	unter 25-jährige	über 25-jährige	Leistungsgewährung
Dezember 2008	1:91	1:173	1:112
Dezember 2009	1:68	1:151	1:107
Dezember 2010	1:85	1:158	1:113
Dezember 2011	1:81	1:158	1:118
Mai 2012	1:79	1:156	1:118

Daten der zugelassenen kommunalen Träger liegen nicht vor.

**Anlage 1** zu Frage 3

Zugelassene kommunale Träger (Zulassung zum 1.1.2012)	Ermächtigungsrahmen (in Euro)
Enzkreis	184 725,00
Landkreis Ludwigsburg	765 525,00
Ostalbkreis	448 725,00
Stadt Pforzheim	429 750,00
Landkreis Ravensburg	342 450,00
Stadt Stuttgart	1 656 150,00
Landkreis Ansbach	145 275,00
Landkreis Günzburg	121 125,00
Stadt Ingolstadt	255 075,00
Stadt Kaufbeuren	114 600,00
Landkreis München	253 650,00
Landkreis Oberallgäu	140 325,00
Landkreis Havelland	647 700,00
Landkreis Potsdam-Mittelmark	560 625,00
Kreis Groß-Gerau	632 325,00
Lahn-Dill-Kreis	643 725,00
Stadt Offenbach	640 800,00
Landkreis Mecklenburg-Strelitz	443 325,00
Landkreis Vorpommern-Rügen	583 800,00
Landkreis Aurich	560 625,00
Landkreis Friesland	248 250,00
Landkreis Schaumburg	482 775,00
Landkreis Wittmund	161 400,00
Stadt Essen	3 129 000,00
Kreis Gütersloh	662 850,00
Kreis Lippe	1 063 875,00
Stadt Münster	787 350,00
Kreis Recklinghausen	2 648 850,00
Stadt Solingen	566 025,00
Kreis Warendorf	606 375,00
Stadt Wuppertal	1 847 250,00
Landkreis Kusel	161 700,00
Landkreis Mainz-Bingen	331 650,00
Landkreis Mayen-Koblenz	461 400,00
Landkreis Saarlouis	497 550,00
Saarpfalz-Kreis	329 625,00
Erzgebirgskreis	1 510 650,00
Altmarkkreis Salzwedel	397 725,00
Burgenlandkreis	1 100 550
Landkreis Greiz	405 975,00
Landkreis Schmalkalden-Meiningen	370 200,00
Gesamt:	27 341 325,00

## Anlage 2 zu Frage 4

Zugelassene kommunale Träger (Zulassung zum 1.1.2005)	Ermächtigungsrahmen (in Euro)
Ammerland	375 450,00
Anhalt-Bitterfeld (Zerbst)	644 700,00
Bautzen	1 354 950,00
Bergstraße	840 300,00
Salzlandkreis (Bernburg)	666 750,00
Biberach	284 550,00
Bodenseekreis	443 100,00
Borken	996 750,00
Coesfeld	528 900,00
Darmstadt-Dieburg	856 800,00
Vulkaneifel (Daun)	143 550,00
Mittelsachsen (Döbeln)	628 950,00
Düren	1 113 150,00
Eichsfeld	563 400,00
Emsland	962 100,00
Ennepe-Ruhr-Kreis	1 405 050,00
Erlangen, Stadt	290 400,00
Fulda	691 650,00
Göttingen	1 268 400,00
Grafschaft Bentheim	454 800,00
Hamm, Stadt	996 900,00
Hersfeld-Rotenburg	479 700,00
Hochsauerlandkreis	1 078 650,00
Hochtaunuskreis	516 300,00
Jena, Stadt	558 600,00
Kamenz	1 048 350,00
Kleve	890 550,00
Leer	840 750,00
Löbau-Zittau (Görlitz)	1 464 300,00
Main-Kinzig-Kreis	1 353 600,00
Main-Taunus-Kreis	456 600,00
Marburg-Biedenkopf	860 700,00
Meißen	1 009 050,00
Saalekreis (Merseburg-Querfurt)	1 316 400,00
Miesbach	117 900,00
Minden-Lübbecke	1 158 150,00
Landkreis Leipzig (Muldentalkreis)	955 650,00
Mülheim an der Ruhr, Stadt	783 900,00
Nordfriesland	691 800,00
Oberhavel	1 465 650,00
Odenwaldkreis	319 200,00
Oder-Spree	1 452 150,00
Offenbach	1 146 900,00

Zugelassene kommunale Träger (Zulassung zum 1.1.2005)	Ermächtigungsrahmen (in Euro)
Oldenburg	411 000,00
Ortenaukreis	979 800,00
Osnabrück	1 027 650,00
Osterholz	337 500,00
Osterode am Harz	440 850,00
Ostprignitz-Ruppin	1 065 300,00
Ostvorpommern	1 111 650,00
Peine	593 250,00
Rheingau-Taunus-Kreis	433 050,00
Rotenburg (Wümme)	531 450,00
Schleswig-Flensburg	799 800,00
Salzlandkreis (Schönebeck)	778 050,00
Schweinfurt, Stadt	346 800,00
Soltau-Fallingb.ostel	627 750,00
Spree-Neiße	1 292 550,00
St. Wendel	264 000,00
Steinfurt	1 166 400,00
Südwestpfalz	256 500,00
Tuttlingen	292 200,00
Uckermark	691 800,00
Verden	416 700,00
Vogelsbergkreis	440 100,00
Waldshut	441 750,00
Harz (Wernigerode)	629 100,00
Wiesbaden, Landeshauptstadt	1 664 400,00
Würzburg	238 350,00
Gesamt:	52 753 200,00

**Anlage 3** zu den Fragen 13 und 16: Integrationsquoten nach § 48a SGB II – Insgesamt und Ausländer  
Bundesländer und SGB II-Trägerbezirke (Gebietsstand: 1. Dezember 2011)  
Dezember 2011

SGB II-Trägerbezirke nach Bundesländern	La nd	SGB II-Typ 2011	Trägerform 2011	Insgesamt			Ausländer		
				Integrationen nach § 48a SGB II (Summe Jan 2010 bis Dez 2011)	Bestand der eLb in den Vormonaten (Durchschnitt Dez 2010 bis Dez 2011)	Integrations- quote nach § 48a SGB II in Prozent <sup>1)</sup> Sp.1/Sp.3	Integrationen analog § 48a SGB II (Summe Jan 2010 bis Dez 2011)	Bestand der eLb in den Vormonaten (Durchschnitt Dez 2010 bis Nov 2011)	Integrations- quote analog § 48a SGB II in Prozent <sup>1)</sup> Sp.5/Sp.6
				1	2	3	4	5	6
<b>Deutschland</b>				<b>x</b>	<b>x</b>	<b>(27,6)</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
<b>Schleswig-Holstein</b>				<b>x</b>	<b>x</b>	<b>(28,2)</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
JC Dithmarschen	1	7	gE	2.470	8.555	28,9	167	590	28,3
JC Flensburg, Stadt	1	5	gE	2.463	8.232	29,9	215	974	22,1
JC Herzogtum Lauenburg	1	8	gE	2.663	9.262	28,8	367	1.463	25,1
JC Kiel, Landeshauptstadt	1	3	gE	5.133	24.160	21,2	812	4.827	16,8
JC Lübeck, Hansestadt	1	6	gE	5.606	21.406	26,2	875	3.993	21,9
JC Neumünster, Stadt	1	6	gE	2.224	7.619	29,2	290	1.320	22,0
JC Nordfriesland	1	7	zkT	x	x	(27,3)	x	x	x
JC Ostholstein	1	7	gE	3.365	10.363	32,5	265	799	33,2
JC Pinneberg	1	10	gE	4.240	13.688	31,0	916	3.558	25,7
JC Plön	1	7	gE	1.670	5.578	29,9	95	454	20,9
JC Rendsburg-Eckernförde	1	8	gE	3.807	11.457	33,2	311	1.145	27,2
JC Schleswig-Flensburg	1	7	zkT	2.078	9.717	21,4	82	617	13,3
JC Segeberg	1	8	gE	3.583	10.408	34,4	s	1.534	28,7
JC Steinburg	1	8	gE	2.074	6.824	30,4	153	648	23,6
JC Stormarn	1	8	gE	2.194	7.200	30,5	317	1.254	25,3
<b>Hamburg</b>				<b>34.688</b>	<b>135.889</b>	<b>25,5</b>	<b>9.920</b>	<b>41.802</b>	<b>23,7</b>
JC Hamburg, Freie und Hansestadt	2	1	gE	34.688	135.889	25,5	9.920	41.802	23,7
<b>Niedersachsen</b>				<b>126.742</b>	<b>438.048</b>	<b>28,9</b>	<b>19.639</b>	<b>77.156</b>	<b>25,5</b>
JC Ammerland	3	8	zkT	1.240	4.366	28,4	131	441	29,7
JC Aurich	3	7	gE	1.355	5.378	25,2	108	468	23,1
JC Braunschweig, Stadt	3	6	gE	4.895	17.439	28,1	855	3.352	25,5
JC Celle	3	7	gE	2.998	10.829	27,7	439	1.586	27,7
JC Cloppenburg	3	8	gE	1.901	5.937	32,0	222	725	30,6
JC Cuxhaven	3	7	gE	2.763	9.902	27,9	324	1.209	26,8
JC Delmenhorst, Stadt	3	6	gE	1.904	7.539	25,3	379	2.024	18,7
JC Diepholz	3	8	gE	2.519	8.490	29,7	372	1.321	28,2
JC Emden, Stadt	3	11	gE	1.320	4.102	32,2	121	373	32,4
JC Emsland	3	8	zkT	2.872	9.575	30,0	255	846	30,1
JC Friesland	3	7	gE	1.582	4.558	34,7	124	466	26,6
JC Gifhorn	3	7	gE	2.440	7.889	30,9	288	1.059	27,2
JC Goslar	3	11	gE	2.786	10.219	27,3	256	1.118	22,9
JC Göttingen	3	7	zkT	4.148	14.549	28,5	534	2.148	24,9
JC Grafschaft Bentheim	3	8	zkT	1.304	4.654	28,0	217	846	25,7
JC Hameln-Pyrmont	3	7	gE	2.900	10.093	28,7	484	2.015	24,0
JC Harburg	3	8	gE	2.709	8.536	31,7	472	1.661	28,4
JC Heidekreis	3	7	zkT	1.793	7.139	25,1	197	891	22,1
JC Helmstedt	3	7	gE	1.569	5.694	27,6	160	579	27,6
JC Hildesheim	3	7	gE	4.548	16.754	27,1	632	2.689	23,5
JC Holzminden	3	7	gE	1.173	3.994	29,4	120	451	26,6
JC Leer	3	7	zkT	2.554	7.903	32,3	190	675	28,1
JC Lüchow-Dannenberg	3	11	gAw	858	3.251	26,4	54	227	23,8
JC Lüneburg	3	7	gE	3.017	10.122	29,8	357	1.286	27,8
JC Nienburg (Weser)	3	8	gE	1.797	6.088	29,5	249	920	27,1
JC Norden	3	7	gE	1.530	5.070	30,2	115	350	32,9
JC Northeim	3	7	gE	2.323	7.633	30,4	238	967	24,6
JC Oldenburg	3	8	zkT	1.676	4.909	34,1	194	579	33,5
JC Oldenburg (Oldenburg), Stadt	3	6	gE	3.894	12.616	30,9	633	2.334	27,1
JC Osnabrück	3	8	zkT	4.583	12.260	37,4	606	1.631	37,2
JC Osnabrück, Stadt	3	6	gE	4.345	12.047	36,1	1.076	3.140	34,3
JC Osterholz	3	8	zkT	1.222	3.721	32,8	151	605	25,0
JC Osterode am Harz	3	11	zkT	1.131	5.104	22,2	88	534	16,5
JC Peine	3	7	zkT	2.053	7.721	26,6	230	1.001	23,0



JC Region Hannover	3	6	gE	22.617	85.594	26,4	5.709	25.440	22,4
JC Rotenburg (Wümme)	3	8	zkT	1.612	6.045	26,7	142	568	25,0
JC Salzgitter, Stadt	3	6	gE	2.151	7.691	28,0	420	1.635	25,7
JC Schaumburg	3	7	gE	2.542	8.858	28,7	399	1.429	27,9
JC Stade	3	7	gE	2.766	10.275	26,9	326	1.269	25,7
JC Uelzen	3	7	gAw	1.616	4.917	32,9	128	423	30,3
JC Vechta	3	10	gE	1.470	3.840	38,3	342	937	36,5
JC Verden	3	8	zkT	1.549	6.102	25,4	214	1.024	20,9
JC Wesermarsch	3	7	gE	1.373	5.489	25,0	157	818	19,2
JC Wilhelmshaven, Stadt	3	5	gE	2.183	8.243	26,5	188	890	21,1
JC Wittmund	3	7	gE	1.119	2.943	38,0	88	195	45,1
JC Wolfenbüttel	3	7	gE	1.806	6.325	28,6	187	805	23,2
JC Wolfsburg, Stadt	3	2	gE	2.236	5.645	39,6	468	1.206	38,8
<b>Bremen</b>				<b>15.197</b>	<b>67.482</b>	<b>22,5</b>	<b>3.662</b>	<b>17.512</b>	<b>20,9</b>
JC Bremen, Stadt	4	6	gE	11.861	52.616	22,5	3.114	15.178	20,5
JC Bremerhaven, Stadt	4	5	gE	3.336	14.866	22,4	548	2.334	23,5
<b>Nordrhein-Westfalen</b>				<b>268.457</b>	<b>1.149.123</b>	<b>23,4</b>	<b>64.999</b>	<b>296.903</b>	<b>21,9</b>
JC Bielefeld, Stadt	5	6	gE	6.891	25.723	26,8	2.175	8.700	25,0
JC Bochum, Stadt	5	3	gE	5.880	28.353	20,7	1.268	6.774	18,7
JC Bonn, Stadt	5	1	gE	3.665	18.016	20,3	1.132	6.037	18,8
JC Borken	5	8	zkT	3.795	12.347	30,7	560	1.915	29,2
JC Bottrop, Stadt	5	6	gE	2.005	8.418	23,8	461	1.902	24,2
JC Coesfeld	5	8	zkT	1.823	5.859	31,1	232	748	31,0
JC Dortmund, Stadt	5	3	gE	12.922	58.675	22,0	3.774	17.356	21,7
JC Duisburg, Stadt	5	3	gE	11.070	49.646	22,3	3.307	14.892	22,2
JC Düren	5	7	zkT	2.832	15.964	17,7	494	3.039	16,3
JC Düsseldorf, Stadt	5	1	gE	8.063	47.061	17,1	2.881	17.294	16,7
JC Ennepe-Ruhr-Kreis	5	6	zkT	4.377	19.395	22,6	799	3.856	20,7
JC Essen, Stadt	5	3	gE	9.561	57.989	16,5	2.378	15.700	15,1
JC Euskirchen	5	7	gE	2.241	7.996	28,0	266	1.019	26,1
JC Gelsenkirchen, Stadt	5	3	gE	6.006	31.480	19,1	1.684	8.283	20,3
JC Gütersloh	5	10	gE	4.335	12.588	34,4	1.072	3.287	32,6
JC Hagen, Stadt	5	6	gE	3.943	16.317	24,2	1.216	5.087	23,9
JC Hamm, Stadt	5	6	zkT	3.631	15.880	22,9	914	4.179	21,9
JC Heinsberg	5	7	gE	3.311	12.676	26,1	497	1.828	27,2
JC Herford	5	8	gE	3.581	12.170	29,4	672	2.554	26,3
JC Herne, Stadt	5	3	gE	3.105	15.421	20,1	863	3.997	21,6
JC Hochsauerlandkreis	5	8	zkT	3.363	10.867	30,9	527	1.711	30,8
JC Höxter	5	8	gE	1.587	5.367	29,6	164	521	31,5
JC Kleve	5	8	zkT	2.809	12.409	22,6	345	1.759	19,6
JC Köln, Stadt	5	1	gE	17.586	83.097	21,2	6.226	30.999	20,1
JC Krefeld	5	6	gE	4.656	20.728	22,5	1.027	4.658	22,0
JC Leverkusen, Stadt	5	1	gE	2.584	10.701	24,1	771	3.427	22,5
JC Lippe	5	7	gE	5.477	20.099	27,3	858	3.551	24,2
JC Märkischer Kreis	5	6	gE	7.106	23.183	30,7	1.700	5.527	30,8
JC Mettmann	5	4	gE	5.794	25.703	22,5	1.401	7.079	19,8
JC Minden-Lübbecke	5	7	zkT	3.906	16.486	23,7	506	2.681	18,9
JC Mönchengladbach, Stadt	5	6	gE	6.171	26.248	23,5	1.387	6.155	22,5
JC Mülheim an der Ruhr, Stadt	5	6	zkT	2.625	12.714	20,6	778	4.257	18,3
JC Münster, Stadt	5	4	gE	3.933	13.949	28,2	878	3.084	28,5
JC Oberbergischer Kreis	5	8	gE	3.507	11.420	30,7	678	2.172	31,2
JC Oberhausen, Stadt	5	3	gE	3.782	19.575	19,3	919	4.917	18,7
JC Olpe	5	10	gE	1.373	4.140	33,2	300	941	31,9
JC Paderborn	5	7	gE	4.345	15.020	28,9	783	2.855	27,4
JC Recklinghausen	5	6	gE	9.548	50.085	19,1	2.043	10.893	18,8
JC Remscheid, Stadt	5	6	gE	2.029	8.315	24,4	626	2.457	25,5
JC Rhein-Erft-Kreis	5	6	gE	5.960	25.075	23,8	1.493	6.715	22,2
JC Rheinisch-Bergischer Kreis	5	8	gE	3.000	11.948	25,1	682	3.012	22,6
JC Rhein-Kreis Neuss	5	4	gE	5.495	21.176	25,9	1.223	5.460	22,4
JC Rhein-Sieg-Kreis	5	8	gE	6.358	25.848	24,6	1.430	6.404	22,3
JC Siegen-Wittgenstein	5	8	gE	3.622	11.692	31,0	705	2.322	30,4
JC Soest	5	7	gE	4.234	14.020	30,2	699	2.359	29,6
JC Solingen, Stadt	5	6	gE	2.448	10.259	23,9	752	3.162	23,8
JC Städteregion Aachen	5	6	gE	8.404	37.602	22,4	2.086	9.914	21,0
JC Steinfurt	5	8	zkT	5.043	15.715	32,1	1.095	3.086	35,5
JC Unna	5	6	gE	7.975	28.347	28,1	1.615	5.684	28,4
JC Viersen	5	7	gE	3.503	14.062	24,9	575	2.402	23,9
JC Warendorf	5	8	gE	3.561	11.176	31,9	777	2.640	29,4

JC Wesel	5	7	gE	6.862	26.418	26,0	1.198	5.019	23,9
JC Wuppertal, Stadt	5	3	gE	6.774	33.705	20,1	2.107	10.633	19,8
<b>Hessen</b>				<b>x</b>	<b>x</b>	<b>(27,1)</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
JC Bergstraße	6	10	zkT	2.319	10.714	21,6	543	2.780	19,5
JC Darmstadt, Wissenschaftsstadt	6	4	gE	2.397	8.197	29,2	900	3.229	27,9
JC Darmstadt-Dieburg	6	10	zkT	1.983	10.127	19,6	581	3.091	18,8
JC Frankfurt am Main, Stadt	6	1	gE	12.408	48.789	25,4	5.584	21.730	25,7
JC Fulda	6	8	zkT	2.300	7.155	32,1	368	1.215	30,3
JC Gießen	6	7	gE	3.522	13.622	25,9	691	3.261	21,2
JC Groß-Gerau	6	4	gE	3.617	12.453	29,0	1.588	5.719	27,8
JC Hersfeld-Rotenburg	6	8	zkT	1.448	4.424	32,7	133	532	25,0
JC Hochtaunuskreis	6	10	zkT	x	x	(21,3)	x	x	x
JC Kassel	6	8	gE	2.506	8.232	30,4	317	1.274	24,9
JC Kassel, documenta-Stadt	6	6	gE	4.788	16.415	29,2	1.358	4.712	28,8
JC Lahn-Dill-Kreis	6	8	gE	3.164	11.726	27,0	682	2.941	23,2
JC Limburg-Weilburg	6	10	gE	2.374	7.852	30,2	758	2.445	31,0
JC Main-Kinzig-Kreis	6	10	zkT	3.988	15.815	25,2	967	4.542	21,3
JC Main-Taunus-Kreis	6	4	zkT	1.623	6.477	25,1	497	2.358	21,1
JC Marburg-Biedenkopf	6	8	zkT	3.281	9.554	34,3	577	1.746	33,0
JC Odenwaldkreis	6	10	zkT	820	4.244	19,3	207	1.128	18,4
JC Offenbach	6	4	zkT	3.498	15.758	22,2	1.355	6.668	20,3
JC Offenbach am Main, Stadt	6	1	gE	3.291	12.302	26,8	1.710	6.320	27,1
JC Rheingau-Taunus-Kreis	6	10	zkT	1.139	5.231	21,8	262	1.482	17,7
JC Schwalm-Eder-Kreis	6	8	gE	2.437	6.492	37,5	328	936	35,0
JC Vogelsbergkreis	6	8	zkT	1.149	3.950	29,1	89	424	21,0
JC Waldeck-Frankenberg	6	8	gE	2.078	6.018	34,5	260	835	31,1
JC Werra-Meißner-Kreis	6	7	gE	1.817	5.583	32,5	169	540	31,3
JC Wetteraukreis	6	10	gE	3.090	10.558	29,3	684	2.767	24,7
JC Wiesbaden, Landeshauptstadt	6	4	zkT	5.669	21.301	26,6	1.783	6.871	26,0
<b>Rheinland-Pfalz</b>				<b>50.936</b>	<b>161.111</b>	<b>31,6</b>	<b>9.838</b>	<b>32.696</b>	<b>30,1</b>
JC Ahrweiler	7	8	gAw	1.230	3.457	35,6	235	648	36,3
JC Altenkirchen (Westerwald)	7	8	gE	1.591	5.448	29,2	194	640	30,3
JC Alzey-Worms	7	8	gE	1.285	3.865	33,2	224	711	31,5
JC Bad Kreuznach	7	8	gE	2.244	7.794	28,8	435	1.534	28,4
JC Bernkastel-Wittlich	7	9	gE	1.124	2.482	45,3	202	388	52,1
JC Birkenfeld	7	7	gE	1.257	4.199	29,9	119	385	30,9
JC Bitburg-Prüm	7	9	gE	627	1.652	38,0	62	185	33,5
JC Cochem-Zell	7	9	gE	593	1.563	37,9	60	135	44,4
JC Deutsche Weinstraße	7	8	gE	1.790	6.162	29,0	275	918	30,0
JC Donnersbergkreis	7	8	gE	890	2.952	30,1	115	361	31,9
JC Germersheim	7	10	gE	1.798	4.344	41,4	447	1.072	41,7
JC Kaiserslautern	7	8	gE	1.131	3.650	31,0	124	440	28,2
JC Kaiserslautern, Stadt	7	6	gE	2.044	7.833	26,1	306	1.286	23,8
JC Koblenz, Stadt	7	4	gE	2.360	6.743	35,0	547	1.751	31,2
JC Kusel	7	8	gE	979	3.054	32,1	58	194	29,9
JC Landau-Südliche Weinstraße	7	8	gE	1.399	4.389	31,9	231	718	32,2
JC Mainz, Stadt	7	1	gE	2.641	9.957	26,5	1.029	4.141	24,8
JC Mainz-Bingen	7	8	gE	2.052	5.905	34,8	377	1.124	33,5
JC Mayen-Koblenz	7	8	gE	2.636	8.389	31,4	368	1.274	28,9
JC Neuwied	7	8	gE	2.384	8.030	29,7	475	1.661	28,6
JC Pirmasens, Stadt	7	5	gE	931	3.948	23,6	74	397	18,6
JC Rhein-Hunsrück-Kreis	7	8	gE	1.101	2.999	36,7	145	388	37,4
JC Rhein-Lahn-Kreis	7	8	gE	1.735	4.175	41,6	234	667	35,1
JC Südwestpfalz	7	8	zkT	804	2.607	30,8	41	142	28,9
JC Trier, Stadt	7	8	gE	1.865	4.962	37,6	280	804	34,8
JC Trier-Saarburg	7	9	gE	1.042	2.433	42,8	135	346	39,0
JC Vorpfalz-Ludwigshafen	7	4	gE	6.141	22.433	27,4	2.084	7.559	27,6
JC Vulkaneifel	7	8	zkT	406	1.903	21,3	23	110	20,9
JC Westerwaldkreis	7	8	gE	2.434	6.176	39,4	346	988	35,0
JC Worms, Stadt	7	6	gE	1.793	5.630	31,8	512	1.482	34,5
JC Zweibrücken, Stadt	7	7	gE	629	1.977	31,8	81	247	32,8
<b>Baden-Württemberg</b>				<b>106.720</b>	<b>321.875</b>	<b>33,2</b>	<b>31.892</b>	<b>99.982</b>	<b>31,9</b>
JC Alb-Donau-Kreis	8	10	gAw	1.277	2.902	44,0	348	817	42,6
JC Baden-Baden, Stadt	8	4	gE	585	2.106	27,8	178	797	22,3
JC Biberach	8	10	zkT	1.052	2.816	37,4	189	518	36,5
JC Böblingen	8	10	gE	3.769	9.807	38,4	1.476	3.947	37,4
JC Bodenseekreis	8	10	zkT	1.150	3.928	29,3	257	840	30,6
JC Breisgau-Hochschwarzwald	8	10	gE	1.935	5.643	34,3	379	1.145	33,1

JC Calw	8	10	gAw	1.057	3.400	31,1	274	851	32,2
JC Emmendingen	8	10	gE	1.385	3.541	39,1	317	834	38,0
JC Enzkreis	8	10	gAw	1.119	3.183	35,2	339	964	35,2
JC Esslingen	8	10	gE	5.284	15.579	33,9	1.895	5.863	32,3
JC Freiburg im Breisgau, Stadt	8	4	gE	3.433	11.919	28,8	979	3.644	26,9
JC Freudenstadt	8	10	gAw	872	2.412	36,2	178	458	38,9
JC Göppingen	8	10	gE	3.494	8.051	43,4	1.135	2.804	40,5
JC Heidelberg, Stadt	8	4	gE	1.452	5.569	26,1	350	1.561	22,4
JC Heidenheim	8	10	gE	1.398	4.039	34,6	343	991	34,6
JC Heilbronn	8	10	gE	2.674	7.988	33,5	769	2.275	33,8
JC Heilbronn, Stadt	8	4	gAw	2.027	5.911	34,3	856	2.461	34,8
JC Hohenlohekreis	8	10	gE	768	1.959	39,2	135	327	41,3
JC Karlsruhe	8	10	gAw	3.570	9.233	38,7	928	2.475	37,5
JC Karlsruhe, Stadt	8	4	gE	4.531	14.393	31,5	1.338	4.344	30,8
JC Konstanz	8	10	gE	2.853	8.335	34,2	663	2.090	31,7
JC Lörrach	8	10	gE	2.309	7.233	31,9	634	2.049	30,9
JC Ludwigsburg	8	10	gE	4.457	13.520	33,0	1.736	5.247	33,1
JC Main-Tauber-Kreis	8	8	gE	1.103	2.780	39,7	186	480	38,8
JC Mannheim, Universitätsstadt	8	1	gE	5.774	19.535	29,6	2.052	7.233	28,4
JC Neckar-Odenwald-Kreis	8	8	gE	1.284	3.634	35,3	243	621	39,1
JC Ortenaukreis	8	10	zkT	3.551	11.255	31,6	688	2.419	28,4
JC Ostalbkreis	8	10	gE	2.903	7.710	37,7	756	2.030	37,2
JC Pforzheim, Stadt	8	4	gE	1.988	7.586	26,2	832	2.988	27,8
JC Rastatt	8	10	gE	2.025	5.824	34,8	488	1.603	30,4
JC Ravensburg	8	10	gAw	2.107	5.783	36,4	448	1.156	38,8
JC Rems-Murr-Kreis	8	10	gE	4.276	12.942	33,0	1.488	4.575	32,5
JC Reutlingen	8	10	gE	2.733	8.106	33,7	858	2.643	32,5
JC Rhein-Neckar-Kreis	8	10	gAw	4.397	16.268	27,0	1.206	4.520	26,7
JC Rottweil	8	10	gAw	1.161	2.727	42,6	259	642	40,3
JC Schwäbisch Hall	8	10	gE	1.566	4.549	34,4	272	835	32,6
JC Schwarzwald-Baar-Kreis	8	10	gE	2.245	5.605	40,1	559	1.372	40,7
JC Sigmaringen	8	10	gE	1.171	3.094	37,8	202	566	35,7
JC Stuttgart, Landeshauptstadt	8	1	gE	8.404	28.893	29,1	3.665	12.789	28,7
JC Tübingen	8	10	gE	1.808	5.341	33,9	535	1.604	33,4
JC Tuttlingen	8	10	zkT	1.003	3.223	31,1	255	908	28,1
JC Ulm, Universitätsstadt	8	2	gAw	1.672	4.204	39,8	542	1.510	35,9
JC Waldshut	8	10	zkT	1.354	4.221	32,1	238	934	25,5
JC Zollernalbkreis	8	10	gE	1.744	5.128	34,0	424	1.252	33,9
<b>Bayern</b>				<b>121.448</b>	<b>320.430</b>	<b>37,9</b>	<b>29.844</b>	<b>84.866</b>	<b>35,2</b>
JC Aichach-Friedberg	9	9	gE	645	1.601	40,3	124	293	42,3
JC Altötting	9	9	gE	920	2.450	37,6	156	364	42,9
JC Amberg-Weizsach	9	9	gE	1.643	4.065	40,4	181	465	38,9
JC Ansbach	9	9	gE	1.137	2.462	46,2	189	349	54,2
JC Ansbach, Stadt	9	2	gE	915	1.674	54,7	203	323	62,8
JC Aschaffenburg	9	10	gE	1.079	2.917	37,0	216	670	32,2
JC Aschaffenburg, Stadt	9	2	gE	1.485	3.607	41,2	501	1.206	41,5
JC Augsburg	9	9	gE	1.709	4.058	42,1	344	818	42,1
JC Augsburg, Stadt	9	4	gE	5.616	14.418	39,0	1.842	5.075	36,3
JC Bad Kissingen	9	9	gE	885	2.599	34,1	103	277	37,2
JC Bad Tölz-Wolfratshausen	9	9	gE	879	2.160	40,7	181	390	46,4
JC Bamberg	9	9	gE	938	2.056	45,6	85	148	57,4
JC Bamberg, Stadt	9	2	gE	1.123	2.760	40,7	232	548	42,3
JC Bayreuth	9	9	gE	923	2.035	45,4	52	142	36,6
JC Bayreuth, Stadt	9	2	gE	1.585	3.802	41,7	315	728	43,3
JC Berchtesgadener Land	9	9	gE	817	1.851	44,1	157	336	46,7
JC Cham	9	9	gE	708	1.587	44,6	66	112	58,9
JC Coburg	9	9	gE	1.017	2.172	46,8	81	186	43,5
JC Coburg, Stadt	9	2	gE	975	2.358	41,3	135	355	38,0
JC Dachau	9	10	gE	681	1.972	34,5	229	690	33,2
JC Deggendorf	9	9	gE	1.309	3.083	42,5	154	415	37,1
JC Dillingen adDonau	9	9	gE	716	1.723	41,6	127	323	39,3
JC Dingolfing-Landau	9	9	gE	611	1.248	49,0	85	155	54,8
JC Donau-Ries	9	9	gE	639	1.439	44,4	138	262	52,7
JC Ebersberg	9	9	gE	595	1.428	41,7	146	348	42,0
JC Eichstätt	9	9	gE	462	898	51,4	90	153	58,8
JC Erding	9	9	gE	742	1.678	44,2	168	355	47,3
JC Erlangen, Stadt	9	2	zkT	1.066	3.196	33,4	295	799	36,9
JC Erlangen-Höchstadt	9	9	gE	714	1.486	48,0	100	196	51,0

JC Forchheim	9	9	gE	904	2.106	42,9	133	335	39,7
JC Freising	9	10	gE	694	1.554	44,7	186	446	41,7
JC Freyung-Grafenau	9	9	gE	602	1.374	43,8	19	76	25,0
JC Fürstenfeldbruck	9	10	gE	1.501	4.300	34,9	455	1.336	34,1
JC Fürth	9	9	gE	881	2.115	41,7	131	305	43,0
JC Fürth, Stadt	9	4	gE	2.278	6.737	33,8	732	2.116	34,6
JC Garmisch-Partenkirchen	9	9	gE	614	1.621	37,9	104	273	38,1
JC Günzburg	9	10	gE	819	2.026	40,4	220	523	42,1
JC Haßberge	9	9	gE	717	1.588	45,2	56	119	47,1
JC Hof	9	9	gE	1.161	2.972	39,1	104	321	32,4
JC Hof, Stadt	9	4	gE	1.142	3.410	33,5	265	862	30,7
JC Ingolstadt, Stadt	9	2	gE	1.820	4.299	42,3	548	1.167	47,0
JC Kaufbeuren, Stadt	9	4	gE	705	1.972	35,8	129	384	33,6
JC Kelheim	9	9	gE	654	1.341	48,8	107	218	49,1
JC Kempten (Allgäu), Stadt	9	2	gE	1.052	2.129	49,4	253	517	48,9
JC Kitzingen	9	9	gE	748	1.749	42,8	118	282	41,8
JC Kronach	9	9	gE	673	1.607	41,9	60	132	45,5
JC Kulmbach	9	8	gE	1.018	2.507	40,6	80	214	37,4
JC Landsberg am Lech	9	9	gE	661	1.419	46,6	110	238	46,2
JC Landshut	9	9	gE	665	1.696	39,2	87	244	35,7
JC Landshut, Stadt	9	2	gE	1.049	2.278	46,0	298	575	51,8
JC Lichtenfels	9	9	gE	715	1.831	39,1	81	195	41,5
JC Lindau (Bodensee)	9	9	gE	656	1.367	48,0	133	278	47,8
JC Main-Spessart	9	9	gE	870	1.898	45,8	125	283	44,2
JC Memmingen, Stadt	9	2	gE	609	1.101	55,3	154	272	56,6
JC Miesbach	9	9	zkT	519	1.256	41,3	105	228	46,1
JC Miltenberg	9	10	gE	1.232	2.711	45,4	345	825	41,8
JC Mühlhof am Inn	9	9	gE	1.045	2.796	37,4	177	456	38,8
JC München	9	2	gAw	1.346	4.360	30,9	428	1.463	29,3
JC München, Landeshauptstadt	9	1	gE	16.043	53.680	29,9	7.334	24.950	29,4
JC Neuburg-Schrobenhausen	9	9	gE	498	1.238	40,2	97	248	39,1
JC Neumarkt idOPf	9	9	gE	601	1.467	41,0	77	183	42,1
JC Neustadt adAisch-Bad Windsheim	9	9	gE	900	1.665	54,1	81	156	51,9
JC Neustadt-Weiden	9	8	gE	2.287	5.064	45,2	288	707	40,7
JC Neu-Ulm	9	10	gE	1.509	3.856	39,1	445	1.135	39,2
JC Nürnberg, Stadt	9	1	gE	11.014	34.360	32,1	3.987	13.961	28,6
JC Nürnberger Land	9	9	gE	976	2.627	37,2	172	443	38,8
JC Oberallgäu	9	9	gE	1.015	2.186	46,4	185	301	61,5
JC Ostallgäu	9	9	gE	726	1.554	46,7	108	266	40,6
JC Passau	9	9	gE	1.799	4.083	44,1	163	342	47,7
JC Passau, Stadt	9	2	gAw	762	2.024	37,6	153	363	42,1
JC Pfaffenhofen a.d. Ilm	9	9	gE	569	1.166	48,8	101	212	47,6
JC Regen	9	9	gE	605	1.571	38,5	59	130	45,4
JC Regensburg	9	9	gE	1.024	2.748	37,3	129	314	41,1
JC Regensburg, Stadt	9	2	gE	2.583	6.284	41,1	657	1.440	45,6
JC Rhön-Grabfeld	9	9	gE	632	1.593	39,7	60	158	38,0
JC Rosenheim	9	9	gE	1.440	3.803	37,9	265	653	40,6
JC Rosenheim, Stadt	9	4	gE	950	2.286	41,6	280	633	44,2
JC Roth	9	9	gE	754	1.804	41,8	96	237	40,5
JC Rottal-Inn	9	9	gE	816	2.052	39,8	133	322	41,3
JC Schwabach, Stadt	9	10	gE	516	1.389	37,1	122	352	34,7
JC Schwandorf	9	9	gE	1.302	2.656	49,0	139	269	51,7
JC Schweinfurt	9	9	gE	765	1.796	42,6	82	194	42,3
JC Schweinfurt, Stadt	9	2	zkT	1.372	3.805	36,1	311	881	35,3
JC Starnberg	9	10	gE	483	1.699	28,4	132	406	32,5
JC Straubing-Bogen	9	9	gAw	1.446	3.554	40,7	208	523	39,8
JC Tirschenreuth	9	9	gE	580	1.750	33,1	37	140	26,4
JC Traunstein	9	9	gE	1.188	3.155	37,7	209	465	44,9
JC Unterallgäu	9	9	gE	671	1.214	55,3	104	215	48,4
JC Weilheim-Schongau	9	9	gE	802	2.123	37,8	183	428	42,8
JC Weißenburg-Gunzenhausen	9	9	gE	916	1.959	46,8	204	381	53,5
JC Wunsiedel im Fichtelgebirge	9	8	gE	1.245	3.605	34,5	164	515	31,8
JC Würzburg	9	9	zkT	726	2.400	30,3	92	310	29,7
JC Würzburg, Stadt	9	4	gE	2.049	5.311	38,6	549	1.469	37,4
<b>Saarland</b>				<b>15.721</b>	<b>56.572</b>	<b>27,8</b>	<b>2.957</b>	<b>10.550</b>	<b>28,0</b>
JC Merzig-Wadern	10	8	gE	1.216	3.504	34,7	150	442	33,9
JC Neunkirchen	10	7	gE	2.260	7.724	29,3	341	1.131	30,2
JC Saarlouis	10	8	gE	2.536	8.749	29,0	470	1.691	27,8

JC Saarpfalz-Kreis	10	8	gE	1.681	5.783	29,1	260	976	26,6
JC St. Wendel	10	8	zkT	1.083	3.020	35,9	115	280	41,1
JC Stadtverband Saarbrücken	10	6	gE	6.945	27.792	25,0	1.621	6.030	26,9
<b>Berlin</b>				<b>99.655</b>	<b>433.181</b>	<b>23,0</b>	<b>21.508</b>	<b>115.409</b>	<b>18,6</b>
JC Charlottenburg-Wilmersdorf	11	3	gE	5.665	29.621	19,1	1.447	9.191	15,7
JC Friedrichshain-Kreuzberg	11	3	gE	9.998	43.657	22,9	2.992	15.908	18,8
JC Lichtenberg	11	3	gE	8.488	32.864	25,8	1.102	5.129	21,5
JC Marzahn-Hellersdorf	11	3	gE	9.592	36.608	26,2	737	3.221	22,9
JC Mitte	11	3	gE	11.935	61.245	19,5	4.372	25.776	17,0
JC Neukölln	11	3	gE	11.648	58.055	20,1	3.793	21.473	17,7
JC Pankow	11	3	gE	9.146	32.498	28,1	702	2.998	23,4
JC Reinickendorf	11	3	gE	7.049	28.602	24,6	1.628	7.303	22,3
JC Spandau	11	3	gE	7.516	32.897	22,8	1.455	7.288	20,0
JC Steglitz-Zehlendorf	11	3	gE	4.365	18.485	23,6	760	3.951	19,2
JC Tempelhof-Schöneberg	11	3	gE	8.506	38.020	22,4	2.150	11.517	18,7
JC Treptow-Köpenick	11	3	gE	5.747	20.629	27,9	370	1.654	22,4
<b>Brandenburg</b>				<b>x</b>	<b>208.144</b>	<b>(26,2)</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
JC Barnim	12	11	gE	3.430	14.064	24,4	105	613	17,1
JC Brandenburg an der Havel, Stadt	12	12	gE	2.426	8.797	27,6	88	434	20,3
JC Cottbus, Stadt	12	5	gE	3.034	11.059	27,4	117	709	16,5
JC Dahme-Spreewald	12	7	gE	3.487	9.758	35,7	140	530	26,4
JC Elbe-Elster	12	12	gE	2.574	9.957	25,9	41	205	20,0
JC Frankfurt (Oder), Stadt	12	5	gE	1.763	6.991	25,2	87	585	14,9
JC Havelland	12	11	gE	3.132	11.403	27,5	79	367	21,5
JC Märkisch-Oderland	12	11	gE	4.398	16.394	26,8	95	507	18,7
JC Oberhavel	12	11	zkT	3.286	14.648	22,4	75	424	17,7
JC Oberspreewald-Lausitz	12	12	gE	3.056	12.410	24,6	51	266	19,2
JC Oder-Spree	12	11	zkT	3.774	15.321	24,6	130	650	20,0
JC Ostprignitz-Ruppin	12	12	zkT	2.602	10.708	24,3	45	222	20,3
JC Potsdam, Stadt	12	7	gE	3.609	11.346	31,8	338	1.579	21,4
JC Potsdam-Mittelmark	12	7	gE	2.984	9.676	30,8	76	316	24,1
JC Prignitz	12	12	gE	2.120	8.561	24,8	36	121	29,8
JC Spree-Neiße	12	11	zkT	x	10.530	(26,5)	x	x	x
JC Teltow-Fläming	12	7	gE	3.255	10.391	31,3	126	399	31,6
JC Uckermark	12	12	zkT	2.828	16.130	17,5	40	313	12,8
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>				<b>49.382</b>	<b>159.925</b>	<b>30,9</b>	<b>1.449</b>	<b>6.434</b>	<b>22,5</b>
JC Bad Doberan	13	11	gE	2.334	7.179	32,5	57	208	27,4
JC Demmin	13	12	gE	2.126	9.588	22,2	19	115	16,5
JC Greifswald, Hansestadt	13	5	gE	1.710	5.564	30,7	42	216	19,4
JC Güstrow	13	12	gE	2.944	10.384	28,4	57	198	28,8
JC Ludwigslust	13	11	gE	2.591	7.921	32,7	56	222	25,2
JC Mecklenburg-Strelitz	13	12	gE	2.007	7.783	25,8	21	101	20,8
JC Müritz	13	12	gE	2.186	6.081	35,9	44	139	31,7
JC Neubrandenburg, Stadt	13	5	gE	2.449	7.841	31,2	75	256	29,3
JC Nordvorpommern	13	12	gE	3.411	10.206	33,4	40	117	34,2
JC Nordwestmecklenburg	13	11	gE	2.388	8.110	29,4	55	228	24,1
JC Ostvorpommern	13	12	zkT	3.895	11.370	34,3	71	208	34,1
JC Parchim	13	11	gE	2.007	7.918	25,3	49	205	23,9
JC Rostock, Hansestadt	13	5	gE	7.363	22.353	32,9	386	1.850	20,9
JC Rügen	13	11	gE	2.872	5.487	52,3	45	78	57,7
JC Schwerin, Landeshauptstadt	13	5	gE	3.335	11.254	29,6	260	1.514	17,2
JC Stralsund, Hansestadt	13	5	gE	2.249	6.880	32,7	57	170	33,5
JC Uecker-Randow	13	12	gE	2.070	9.063	22,8	64	259	24,7
JC Wismar, Hansestadt	13	5	gE	1.445	4.943	29,2	51	350	14,6
<b>Sachsen</b>				<b>x</b>	<b>x</b>	<b>(28,4)</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
JC Annaberg	14	11	gE	1.702	5.874	29,0	25	95	26,3
JC Aue-Schwarzenberg	14	12	gE	2.620	10.200	25,7	47	196	24,0
JC Bautzen	14	11	zkT	x	x	(24,5)	x	x	x
JC Chemnitz, Stadt	14	5	gE	6.158	21.823	28,2	429	2.015	21,3
JC Döbeln	14	12	zkT	x	x	x	x	x	x
JC Dresden, Stadt	14	5	gE	12.915	41.254	31,3	840	3.521	23,9
JC Freiberg-Mittweida	14	11	gE	4.958	16.903	29,3	136	475	28,6
JC Görlitz	14	12	gE	3.338	14.889	22,4	123	759	16,2
JC Leipzig, Stadt	14	5	gE	17.649	59.129	29,8	1.607	6.385	25,2
JC Leipziger Land	14	11	gE	2.981	11.905	25,0	94	313	30,0
JC Löbau-Zittau	14	12	zkT	3.144	12.685	24,8	65	343	19,0
JC Meißen	14	11	zkT	4.997	19.205	26,0	111	432	25,7
JC Mittlerer Erzgebirgskreis	14	11	gE	1.572	5.485	28,7	32	126	25,4

JC Muldentalkreis	14	11	zkT	2.375	9.645	24,6	27	108	25,0
JC Nordsachsen	14	12	gE	4.779	18.449	25,9	124	596	20,8
JC Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	14	11	gE	5.772	17.748	32,5	222	596	37,2
JC Stollberg	14	11	gE	1.491	4.748	31,4	18	59	30,5
JC Vogtlandkreis	14	11	gE	5.215	17.549	29,7	232	641	36,2
JC Zwickau	14	11	gE	7.256	25.252	28,7	248	905	27,4
<b>Sachsen-Anhalt</b>				<b>x</b>	<b>x</b>	<b>(26,8)</b>	<b>x</b>	<b>x</b>	<b>x</b>
JC Altmarkkreis Salzwedel	15	11	gAw	1.936	6.955	27,8	67	260	25,8
JC Anhalt-Bitterfeld	15	11	zkT	x	x	(22,6)	x	x	x
JC Börde	15	7	gE	3.919	13.024	30,1	101	389	26,0
JC Burgenlandkreis	15	12	gE	4.819	19.578	24,6	137	492	27,8
JC Dessau-Roßlau	15	12	gE	2.288	8.917	25,7	84	410	20,5
JC Halle (Saale), Stadt	15	5	gE	7.974	27.493	29,0	622	2.361	26,3
JC Harz	15	11	zkT	5.060	21.533	23,5	89	462	19,3
JC Jerichower Land	15	11	gE	2.388	8.346	28,6	66	199	33,2
JC Magdeburg, Landeshauptstadt	15	5	gE	7.552	25.917	29,1	486	2.017	24,1
JC Mansfeld-Südharz	15	12	gE	3.877	16.339	23,7	77	314	24,5
JC Saalekreis	15	11	zkT	x	17.683	(25,2)	x	x	x
JC Salzlandkreis	15	11	zkT	x	x	(19,9)	x	x	x
JC Stendal	15	12	gE	3.568	13.776	25,9	101	443	22,8
JC Wittenberg	15	11	gE	3.327	12.464	26,7	85	374	22,7
<b>Thüringen</b>				<b>50.425</b>	<b>155.708</b>	<b>32,4</b>	<b>2.002</b>	<b>6.554</b>	<b>30,5</b>
JC Altenburger Land	16	12	gAw	2.243	9.285	24,2	61	249	24,5
JC Eichsfeld	16	7	zkT	1.061	4.489	23,6	35	194	18,0
JC Eisenach, Stadt	16	11	gE	1.215	3.422	35,5	91	225	40,4
JC Erfurt, Stadt	16	11	gE	6.947	19.502	35,6	609	2.012	30,3
JC Gera, Stadt	16	5	gE	3.175	10.303	30,8	135	431	31,3
JC Gotha	16	7	gE	3.518	9.490	37,1	141	406	34,7
JC Greiz	16	11	gE	1.984	6.936	28,6	42	133	31,6
JC Hildburghausen	16	7	gE	1.100	2.667	41,2	44	90	48,9
JC Ilm-Kreis	16	11	gE	2.608	8.225	31,7	89	275	32,4
JC Jena, Stadt	16	7	zkT	1.994	6.708	29,7	88	455	19,3
JC Kyffhäuserkreis	16	12	gE	2.441	7.826	31,2	44	142	31,0
JC Nordhausen	16	11	gE	1.957	7.599	25,8	60	252	23,8
JC Saale-Holzland-Kreis	16	7	gE	1.647	5.076	32,4	34	114	29,8
JC Saale-Orla-Kreis	16	7	gE	1.555	5.018	31,0	31	106	29,2
JC Saalfeld-Rudolstadt	16	11	gE	2.246	7.511	29,9	67	230	29,1
JC Schmalkalden-Meiningen	16	7	gAw	2.129	6.051	35,2	44	159	27,7
JC Sömmerda	16	11	gE	1.921	5.512	34,9	35	71	49,3
JC Sonneberg	16	7	gE	1.073	2.550	42,1	37	70	52,9
JC Suhl, Stadt	16	11	gE	1.048	2.479	42,3	45	96	46,9
JC Unstrut-Hainich-Kreis	16	11	gE	2.982	8.752	34,1	80	205	39,0
JC Wartburgkreis	16	7	gE	1.979	5.440	36,4	42	168	25,0
JC Weimar, Stadt	16	11	gE	1.760	5.540	31,8	101	321	31,5
JC Weimarer Land	16	7	gE	1.842	5.327	34,6	47	150	31,3

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1) Integrationsquote nach § 48a SGB II: Summe der Integrationen der letzten 12 Monate / Durchschnittlicher Bestand an eLb der 12 Monate vor dem Bezugsmonat \* 100

Aufgrund eines Fehlers bei der Verarbeitung der Daten der zugelassenen kommunalen Träger bei der BA-Statistik sind die Angaben zu Integrationen z.T. überzeichnet.

2) bis September 2011 gAw

3) bis Juni 2011 gAw

## Anlage 4 zu Frage 22

**Widersprüche und Klagen im Rechtskreis SGB II**Deutschland  
2005

<b>Widersprüche</b>	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote	
Bund	666.969	436.222	179.516	41,2%	
RD Berlin-Brandenburg	35.164	25.149	9.893	39,3%	
RD Baden-Württemberg	13.987	12.370	5.200	42,0%	
RD Bayern	14.776	11.244	4.154	36,9%	
RD Hessen	5.674	4.619	2.058	44,6%	
RD Niedersachsen-Bremen	15.285	11.731	5.106	43,5%	
RD Nord	15.919	14.965	5.986	40,0%	
RD Nordrhein-Westfalen	17.034	14.166	5.361	37,8%	
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	7.219	6.112	2.597	42,5%	
RD Sachsen	17.677	18.401	7.168	39,0%	
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	28.077	25.196	9.533	37,8%	
			Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	sonstige Erledi- gung mit ganz od. teilw. Nach- gegeben der JC	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger
<b>Klagen</b>	erhobene Klagen	erledigte Klagen			
Bund	13.414	5.032	273	1.338	32,0%
RD Berlin-Brandenburg	2.334	792	49	242	36,7%
RD Baden-Württemberg	994	397	29	97	31,7%
RD Bayern	1.359	509	30	106	26,7%
RD Hessen	499	215	12	64	35,3%
RD Niedersachsen-Bremen	1.282	528	45	153	37,5%
RD Nord	1.294	467	27	104	28,1%
RD Nordrhein-Westfalen	1.846	838	49	224	32,6%
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	679	271	18	51	25,5%
RD Sachsen	1.237	404	7	99	26,2%
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	1.890	557	18	196	38,4%

für 2005 liegen Werte nach RD-Bezirken erst ab 23.09.2005 vor

**Widersprüche und Klagen im Rechtskreis SGB II**Deutschland  
2006

<b>Widersprüche</b>	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote		
Bund	704.484	613.205	231.626	37,8%		
RD Berlin-Brandenburg	158.333	114.560	45.202	39,5%		
RD Baden-Württemberg	52.277	51.600	19.526	37,8%		
RD Bayern	45.430	38.616	13.491	34,9%		
RD Hessen	22.825	20.274	8.140	40,1%		
RD Niedersachsen-Bremen	72.690	70.590	29.184	41,3%		
RD Nord	65.683	61.262	22.166	36,2%		
RD Nordrhein-Westfalen	77.059	67.039	24.017	35,8%		
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	29.714	28.158	11.035	39,2%		
RD Sachsen	79.673	69.570	26.148	37,6%		
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	100.800	91.536	32.717	35,7%		
			Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	sonstige Erledi- gung mit ganz od. teilw. Nach- gegeben der JC	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger	
<b>Klagen</b>	erhobene Klagen	erledigte Klagen				
Bund	69.912	35.266	1.856	11.078	36,7%	
RD Berlin-Brandenburg	11.901	6.115	264	2.076	38,3%	
RD Baden-Württemberg	5.510	2.964	190	756	31,9%	
RD Bayern	5.717	3.152	240	803	33,1%	
RD Hessen	2.610	1.146	84	345	37,4%	
RD Niedersachsen-Bremen	7.953	4.455	283	1.456	39,0%	
RD Nord	7.105	2.901	156	768	31,9%	
RD Nordrhein-Westfalen	10.275	5.363	227	1.735	36,6%	
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	3.668	1.991	192	551	37,3%	
RD Sachsen	6.044	3.065	120	1.040	37,8%	
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	9.129	4.114	100	1.548	40,1%	



**Widersprüche und Klagen im Rechtskreis SGB II**Deutschland  
2007

<b>Widersprüche</b>	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote
Bund	763.887	775.352	283.563	36,6%
RD Berlin-Brandenburg	149.962	169.225	63.515	37,5%
RD Baden-Württemberg	55.947	57.896	21.608	37,3%
RD Bayern	58.037	54.875	18.716	34,1%
RD Hessen	21.845	22.618	8.445	37,3%
RD Niedersachsen-Bremen	70.132	68.662	26.015	37,9%
RD Nord	76.315	79.391	27.616	34,8%
RD Nordrhein-Westfalen	93.281	86.629	31.824	36,7%
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	31.275	30.700	11.939	38,9%
RD Sachsen	90.623	95.391	35.258	37,0%
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	116.470	109.965	38.627	35,1%

<b>Klagen</b>	erhobene Klagen	erledigte Klagen	Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	sonstige Erledi- gung mit ganz od. teilw. Nach- gegeben der JC	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger
Bund	99.152	57.066	3.290	20.553	41,8%
RD Berlin-Brandenburg	18.837	10.611	542	4.458	47,1%
RD Baden-Württemberg	7.551	5.212	419	1.681	40,3%
RD Bayern	8.597	5.730	387	1.667	35,8%
RD Hessen	3.070	1.665	107	565	40,4%
RD Niedersachsen-Bremen	9.521	5.994	486	1.793	38,0%
RD Nord	10.168	4.748	241	1.482	36,3%
RD Nordrhein-Westfalen	13.382	8.183	257	3.243	42,8%
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	4.158	2.648	230	809	39,2%
RD Sachsen	9.916	5.139	318	1.885	42,9%
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	13.952	7.136	303	2.970	45,9%

**Widersprüche und Klagen im Rechtskreis SGB II**Deutschland  
2008

<b>Widersprüche</b>	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote
Bund	788.627	841.868	306.991	36,5%
RD Berlin-Brandenburg	152.428	164.491	59.852	36,4%
RD Baden-Württemberg	58.979	60.383	21.936	36,3%
RD Bayern	51.276	55.908	19.318	34,6%
RD Hessen	24.527	25.880	9.771	37,8%
RD Niedersachsen-Bremen	73.160	78.283	29.183	37,3%
RD Nord	78.689	79.003	26.297	33,3%
RD Nordrhein-Westfalen	101.968	109.390	41.394	37,8%
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	33.454	33.118	12.991	39,2%
RD Sachsen	98.768	107.197	41.058	38,3%
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	115.378	128.215	45.191	35,2%

  

<b>Klagen</b>	erhobene Klagen	erledigte Klagen	Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	sonstige Erledi- gung mit ganz od. teilw. Nach- gegeben der JC	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger
Bund	132.356	89.055	6.121	37.161	48,6%
RD Berlin-Brandenburg	22.288	14.929	693	6.580	48,7%
RD Baden-Württemberg	8.710	7.151	496	2.564	42,8%
RD Bayern	9.249	7.089	476	2.358	40,0%
RD Hessen	4.413	2.575	191	1.063	48,7%
RD Niedersachsen-Bremen	12.455	8.788	544	3.431	45,2%
RD Nord	12.916	7.765	385	2.785	40,8%
RD Nordrhein-Westfalen	17.335	13.176	387	5.812	47,0%
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	5.915	3.718	260	1.435	45,6%
RD Sachsen	15.535	9.532	512	4.019	47,5%
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	23.540	14.332	2.177	7.114	64,8%

**Widersprüche und Klagen im Rechtskreis SGB II**Deutschland  
2009

<b>Widersprüche</b>	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote	
Bund	805.234	830.234	301.459	36,3%	
RD Berlin-Brandenburg	156.576	163.172	57.912	35,5%	
RD Baden-Württemberg	58.846	60.115	21.729	36,1%	
RD Bayern	61.105	64.040	21.751	34,0%	
RD Hessen	26.456	27.542	10.306	37,4%	
RD Niedersachsen-Bremen	81.153	78.072	29.413	37,7%	
RD Nord	79.701	83.626	28.554	34,1%	
RD Nordrhein-Westfalen	97.107	97.629	38.402	39,3%	
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	34.081	35.003	12.985	37,1%	
RD Sachsen	91.609	92.117	34.825	37,8%	
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	118.600	128.918	45.583	35,4%	
			Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	sonstige Erledi- gung mit ganz od. teilw. Nach- gegeben der JC	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger
<b>Klagen</b>	erhobene Klagen	erledigte Klagen			
Bund	142.736	114.184	6.851	48.919	48,8%
RD Berlin-Brandenburg	27.492	20.193	1.180	9.924	55,0%
RD Baden-Württemberg	9.071	8.482	487	3.163	43,0%
RD Bayern	11.240	9.343	752	3.309	43,5%
RD Hessen	4.438	3.463	157	1.068	35,4%
RD Niedersachsen-Bremen	14.571	10.621	958	4.153	48,1%
RD Nord	13.811	11.066	600	4.176	43,2%
RD Nordrhein-Westfalen	17.348	15.095	579	6.845	49,2%
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	5.385	4.798	359	1.739	43,7%
RD Sachsen	14.798	13.387	657	5.555	46,4%
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	24.583	17.737	1.122	8.988	57,0%

**Widersprüche und Klagen im Rechtskreis SGB II**Deutschland  
2010

<b>Widersprüche</b>	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote	
Bund	835.692	884.188	305.659	34,6%	
RD Berlin-Brandenburg	161.458	174.612	61.302	35,1%	
RD Baden-Württemberg	60.423	59.571	20.361	34,2%	
RD Bayern	52.676	54.209	17.529	32,3%	
RD Hessen	27.378	28.413	9.664	34,0%	
RD Niedersachsen-Bremen	86.118	93.586	32.005	34,2%	
RD Nord	83.239	87.552	27.385	31,3%	
RD Nordrhein-Westfalen	124.363	124.260	46.150	37,1%	
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	35.028	35.468	12.362	34,9%	
RD Sachsen	90.201	104.377	37.853	36,3%	
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	114.808	122.140	41.048	33,6%	
			Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	sonstige Erledi- gung mit ganz od. teilw. Nach- gegeben der JC	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger
<b>Klagen</b>	erhobene Klagen	erledigte Klagen			
Bund	158.346	135.015	5.680	55.514	45,3%
RD Berlin-Brandenburg	31.244	26.015	1.089	12.188	51,0%
RD Baden-Württemberg	9.343	8.805	362	2.928	37,4%
RD Bayern	9.027	8.203	360	2.816	38,7%
RD Hessen	4.556	4.088	160	1.199	33,2%
RD Niedersachsen-Bremen	17.028	12.764	710	4.565	41,3%
RD Nord	15.568	12.426	600	4.260	39,1%
RD Nordrhein-Westfalen	21.440	19.525	648	7.908	43,8%
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	5.371	5.241	283	1.656	37,0%
RD Sachsen	16.063	15.088	568	6.100	44,2%
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	28.706	22.860	900	11.894	56,0%

**Widersprüche und Klagen im Rechtskreis SGB II**Deutschland  
2011

<b>Widersprüche</b>	erhobene Widersprüche	erledigte Widersprüche	Summe volle und teilw. Stattgaben	Stattgabequote	
Bund	721.600	740.765	267.642	36,1%	
RD Berlin-Brandenburg	145.883	148.577	53.214	35,8%	
RD Baden-Württemberg	52.013	53.153	18.375	34,6%	
RD Bayern	45.049	45.807	14.838	32,4%	
RD Hessen	23.618	23.948	8.396	35,1%	
RD Niedersachsen-Bremen	77.648	79.668	28.701	36,0%	
RD Nord	75.295	76.315	24.948	32,7%	
RD Nordrhein-Westfalen	113.525	113.389	44.242	39,0%	
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	30.086	31.103	11.143	35,8%	
RD Sachsen	75.325	81.504	31.866	39,1%	
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	83.158	87.301	31.919	36,6%	
			Summe volle und teilweise Stattgabe durch Urteil	sonstige Erledi- gung mit ganz od. teilw. Nach- gegeben der JC	Erfolgsquote aus Sicht der Kläger
<b>Klagen</b>	erhobene Klagen	erledigte Klagen			
Bund	144.180	138.394	5.801	55.587	44,4%
RD Berlin-Brandenburg	32.112	28.594	1.235	13.171	50,4%
RD Baden-Württemberg	8.608	8.784	401	2.786	36,3%
RD Bayern	8.174	8.702	384	2.932	38,1%
RD Hessen	4.085	4.232	136	1.358	35,3%
RD Niedersachsen-Bremen	13.441	13.794	845	4.831	41,1%
RD Nord	15.885	14.231	661	5.109	40,5%
RD Nordrhein-Westfalen	19.798	19.535	560	8.077	44,2%
RD Rheinland-Pfalz-Saarland	4.813	5.383	260	1.780	37,9%
RD Sachsen	13.702	14.280	465	6.110	46,0%
RD Sachsen-Anhalt-Thüringen	23.562	20.859	854	9.433	49,3%





